



Blätterjähriger Abonnementssatz, in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal inkl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer jährlichen Zeit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Auferden übernehmen alle Post-Aufgaben. Bestellung auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 280. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 19. Juni 1876.

## Deutschland.

### II. Landtags-Verhandlungen.

#### 17. Sitzung des Herrenhauses (vom 17. Juni).

1 Uhr. Am Ministerialen Campanhau, Graf zu Eulenburg, Leonhardt, Falt, Geh. Räthe Schneider, Stauder, Bahlmann u. A.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation der Herren v. Kleist-Rehov und Udo Graf zu Stolberg:

I. Woraus führt die Schulverwaltung die Vereinigung bestehende evangelische und katholische, ja sogar christliche und jüdische Elementarschulen zu jog. Simultanschulen zu verbinden? II. Entgegen der Schulverwaltung die schwerwiegenden Bedenken, welche ein solches Verfahren selbst im pädagogischer, didaktischer und politischer Hinsicht hat?

v. Kleist-Rehov: Bei den Verhandlungen über das Schulaufsichtsgesetz in der Session des Winters 1871—72 wurde von Seiten des Ministers wiederholte Erklärung abgegeben, daß eine Schädigung des confessionellen religiösen Charakters der Schulen in keiner Weise eintreten solle. Im Herbst des Jahres 1872 erging hierauf die Verfügung des Cultusministers, durch welche die früheren Regulatoren abgeändert wurden. Durch dieselbe wurde der Religionsunterricht auf wöchentlich 5 resp. 4 Stunden beschränkt, das vierte und fünfte Hauptstund überhaupt aus der Volkschule verwiesen, dagegen die Summe des andern Wissens und die Ansprüche in Bezug auf dasselbe sowohl für Lehrer wie für Schüler erhöht, und es trat damit die Erfahrung ein, daß die bisherige Concentration der Volkschule, ausgebend vom Religionunterricht, sich verschoben möchte zu Gunsten einer oberflächlichen Bielwisserei: Es wurde weiterhin keine Rücksicht auf die Confession genommen und evangelische Schulinspektor für katholische Schulen umgekehrt angestellt; von viel größerem Gewicht aber ist die Einrichtung von Simultanschulen und zwar nicht nur durch Vereinigung von evangelischen und katholischen Schulen, sondern sogar von christlichen und jüdischen. Frene evangelische Pastoren, denen es am Herzen liegt, daß die Pfarrkinder religiös erzogen werden, wurden mit Abzug bedroht, und Kreisrunden, welche auf das Bedenken der Simultanschulen aufmerksam zu machen suchten, wurden verhindert, ihre warnenden Stimmen zu erheben.

Ursprünglich verstand man unter „simultan“ die Vereinigung von Evangelischen und Katholiken, und zwar in der Weise, daß beide ihrem religiösen Bedürfnis vollständig genügen könnten; mit dem Beginn des „Culturkampfes“ jedoch, der eine heilige Ironie auf die eigentliche Bedeutung des Wortes enthält, wurde der Sinn völlig geändert, so daß man wohl mit Recht sagen kann, je länger der Culturkampf dauert, und je schwerer der Cultus durch denselben geschädigt wird, je mehr leidet die Cultur. Die Verfassung bestimmt ausdrücklich im Art. 24, daß bei der Einrichtung der öffentlichen Volkschulen die Confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind, und wenn die Schulverwaltung jetzt statt dessen das Prinzip des Bielwissens einführen will, so wird sie durch das in der Verfassungsurkunde garantirte Prinzip der confessionalistischen Verhältnisse verurtheilt. Das Kind, wenn es Christ werden soll, muß durch das Leben und die Schule eingebend in das Christenthum eingesetzt werden, und es darf nicht bloß auf einen oberflächlichen Unterricht von 4—5 Stunden beschränkt werden. In der Volkschule besonders, wie überhaupt auf jeder Schule, kommt es nicht auf das multa, sondern das nullum an, und um dieses zu erwerben, muß ein Mittelpunkt gefunden werden, um den sich der ganze andere Unterricht gruppirt. Dieser Mittelpunkt muß der Religionsunterricht sein. Der Unterricht im Deutschen läßt sich nach meiner Meinung nicht ertheilen, ohne auf die deutsche Sprache zurückzugehen, und da muß man sich doch erinnern, daß unsere deutsche Schriftsprache sich erst durch Luthers Bibelübersetzung herausgebildet hat. Der Geschichtsunterricht ferner für die neuere Zeit ist gar nicht möglich, wenn man nicht die Confession berücksichtigt, und was endlich den Gesangsunterricht betrifft, so kenne ich zwar viele schöne weltliche Lieder, aber in der ganzen deutschen Literatur giebt es kein schöneres und von so tiefem Inhalte, wie das von Paul Gerhard: „O Haupt voll Blut und Wunden.“ Der Unterricht wird erst eigentlich fruchtbringend durch die Pietät der Schüler dem Lehrer gegenüber und die Autorität des Lehrers dem Schüler gegenüber. Wenn man aber den Religionsunterricht in der Weise beschränkt, wie es jetzt in den Simultanschulen geschieht, so tritt Missachtung desselben und Indifferenz ein, und an Stelle der Autorität erscheint die für den Menschen so verderbliche Kritik schon in dem jungen Herzen des Kindes. Die verderbliche Folge jedoch der Simultanschulen und des Zurückdrängens der Confession ist die Förderung des Nebels, daß wir jetzt in unseren wirtschaftlichen Zuständen sich ausbreiten sehen: die Simultanschulen sind die Pioniere des Socialismus.

Cultusminister Dr. Falt: Es ist ein Aribitrum, wenn der Vorredner das Lied „O Haupt voll Blut und Wunden“ dem verehrten Paul Gerhard zuschreibt. Dasselbe ist vielmehr eine Nachbildung des von dem Katholiken Bernhard von Clairbois gedichteten Liedes salve caput mortuorum. Was den Inhalt der Interpellation betrifft, so muß ich zunächst bestreiten, daß ich jemals die Errichtung von Simultanschulen, die am besten paritätische Schulen genannt werden, prinzipiell empfohlen habe. Ich habe vielmehr nur angeordnet, daß dort, wo durch Trennung der Schulen in einzelne confessionelle Schulen die Erreichung der Ziele der Schule wesentlich erschwert wird, auf die Errichtung solcher paritätischen Schulen hingewirkt, und daß in den wenigen Ausnahmefällen, wo die Errichtung mit den Bedingungen in dieser Richtung zu keinem Ziele führt und somit eine Notlösung vorliegt, eine zwangsläufige Vereinigung einzutreten habe. In allen diesen Fällen müssen stets zwei Bedingungen erfüllt sein: erstens, daß in vollem Maße für den confessionellen Religionsunterricht Sorge getragen wird und zweitens, daß das Lehrercollegium zusammengefestigt wird aus Lehrern verschiedener Confessionen. Dies zur Richtigstellung der Voraussetzungen des Vorredners. Meine Antwort auf die erste Frage der Interpellation lautet nur kurz: Die Regierung führt sich hierbei auf ihr gesetzliches Recht. Der Vorredner hat auf Art. 24 der Verfassung hingewiesen. Es heißt aber darin nur: die confessionellen Verhältnisse sollen in der Volkschule „möglichst“ berücksichtigt werden, und der Vorredner wird sich erinnern, daß bei Verfassung der Verfassung sein Amendement, wonach diese Berücksichtigung grundsätzlich eintreten sollte, in der Minderheit blieb und abgelehnt wurde. Der Minister Adenau erwähnte sich in der damaligen ersten Kammer dahin, dies „möglichst“ enthalte zwei Beschränkungen, einmal, so weit es die Rechte des Staates und die Unipolitische gestatten, welche er an die confessionellen Schulen zu machen hat, und zweitens, so weit es nach den Zahlenverhältnissen ausführbar ist.

Diese Grundsätze, daß zunächst die Interessen des Staates, sodann die katholischen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, hält die Staatsregierung noch heute vollständig aufrecht und der heutige Cultusminister muß diese Aussöhnung um so mehr als seine Richtigkeit anerkennen, als er die Gesamtauszahlungen der letzten 30 Jahre und die spezielle der letzten 5 Jahre für sich hat. Was die zweite Frage der Interpellation betrifft, so habe ich sie, aufrichtig gestellt etwas wunderlich finden müssen. Wie sollte ein Unterrichtsminister, der in dieser Richtung einen ganz entgegengesetzten Weg eingeschlagen hat, wie sein Vorgänger, keine Kenntnis haben oder keine Notiz nehmen von den Bedenken, die von vielen Seiten gegen die paritätischen Schulen erhoben werden. Das Bedeutende dieser Frage wird aber in dem Worte „schwerwiegend“ zu suchen sein, und danach würde die Frage lauten: hält der Cultusminister diese Bedenken für so schwerwiegend oder nicht für so schwerwiegend, um eine derartige Verbindung der Schulen eintreten zu lassen. Gegenüber den vorher von mir angeführten Bedenken, die ich für eine derartige Vereinigung hinstellte habe, nehme ich keinen Aufstand, diese Frage in dem letzten Sinne zu beantworten. Eine rechte und ordentliche Disziplin auf der einen Seite und auf der anderen eine verständige Eintheilung des Schulunterrichts bestätigt eine große Reihe von Bedenken didaktischer Natur, ja die Erfahrung zeigt, sie bestätigt sie alle. Entscheidend ist für mich in dieser ganzen Sache, daß alle die vom Vorredner vorgetragenen Bedenken gar keine Basis in der Wirklichkeit haben. Es sind ja nicht erst während meiner Amtszeitigkeit solche paritätischen Schulen gegründet worden, namentlich in den Ostprovinzen bestehen seit Alters her eine ganze Reihe solcher Schulen und weder ist mir bei diesen derartigen Klagen etwas zu Ohren gekommen, noch auch bei denjenigen paritätischen Schulen, die seit meiner Amtsführung durch Vereinbarung errichtet worden sind. Was aber endlich die politische Seite dieser

Frage betrifft — ja in S. wenn dieser Gesichtspunkt der allein entscheidende sein sollte, dann müßte man noch viel weiter gehen und zu einem ganz anderen Resultate kommen, als das in Ausnahmefällen derartige Vereinigen zu gestalten. (Sehr richtig!)

Denn daß unter Schulwesen so lange Zeit hindurch einseitig confessionell abgesondert behandelt worden ist, das hat mit absoluter Notwendigkeit dahin führen müssen, diese Einseitigkeit auf äußerste zu schärfen. Am meisten zeigt sich das, wo confessionelle Verschiedenheit gleichzeitig mit einer nationalen zusammentrifft. In solchen Verhältnissen kann man das auch in dieser Frage gebrauchte Wort „schwierig, schwierlich“ nicht anwenden, diese Scheidung ist vielmehr einer der Facetten, die in unserem Staate zu einem solchen Gegenseitig geführt haben, daß sich eine große Anzahl von Bewohnern des preußischen Staates nicht mehr recht organisch eingegliedert fühlt in den Organismus des Staates, sondern durch Mächte commandiert wird, die außerhalb des preußischen Staates stehen, in einem Gegensatz, zu dessen Überwindung der Staat in den letzten 4 Jahren all seine Kräfte hat zusammenrufen müssen. Diese Erfahrungen, m. S., stehen auf meiner Seite und nicht auf der Seite derer, die unter allen Umständen aussprechen: es darf nur eine confessionelle Schule sein. Ich kann diese Erfahrungen nicht außer Acht lassen. Sie sind wesentlich mitleidend für mich gewesen. Ich bin somit vollständig davon durchdrungen, daß die von mir getroffenen Maßnahmen formal geschäftlich und materiell begründet sind. (Beifall links.)

Das Haus tritt in eine Ver sprechung der Interpellation ein.

Graf Udo zu Stolberg: Der Cultusminister hat behauptet, daß die gegen die Simultanschulen erhobenen Bedenken sich nicht als begründet darstellen hätten. Diese Schulen sind bisher in so geringer Zahl vorhanden und die confessionellen Gegensätze in früheren Jahren so wenig scharf hervortreten, daß ich jene Erfahrungen ebenfalls für maßgebend halte wie die der letzten drei bis vier Jahre. Vielleicht können wir in etwa dreizehn Jahren ein richtiges Urteil fassen. In Holland aber hat man schwimmere Erfahrungen mit den Simultanschulen namentlich in Betreff des confessionellen Friedens gemacht. Diese Frage muß endgültig entschieden werden in dem demnächstigen Unterrichtsgesetz und deshalb soll einerseits dieser legislativen Entscheidung nicht durch Verwaltungsmahzregeln vorgegriffen werden, andererseits soll das Volk über die Stellung der Regierung zu dieser Frage möglichst aufgeklärt werden. Dies war der Zweck unserer Interpellation. Der Cultusminister hat zwar in Abrede gestellt, daß er prinzipiell Simultanschulen wolle, und behauptet, er habe nur den an ihn gestellten desfallsigen Anträgen stattgegeben. Das mag sein, aber die Leute, welche für Simultanschulen agieren, verbreiten doch, daß sie damit den Interessen des Cultusministers entsprächen. Man hat gesagt, man suche in dem neutralen Unterricht in der Simultanschule ein Schutzmittel gegen den Ultramontanismus. Vielleicht erreichen protestantische Lehrer dies Ideal eines confessionellen Unterrichts, katolische Lehrer thun das sicherlich nicht, und am Rhein, wo sich die Protestanten in der Minorität befinden, wird aus der Simultanschule bald ein katholische Schule werden. Das Streben nach Simultanschulen ist vielfach analog mit dem Streben nach der Civilis. Beides sind Forderungen der liberalen Partei und beide könnten nur zur Wirklichkeit werden auf dem Hintergrunde des Culturkampfes; beide werden aber der katholischen Kirche nichts schaden, wohl aber der evangelischen.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Interpellation ist damit erledigt.

In zweiter Abstimmung wird so soon der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Monarchie definitiv genehmigt.

Ebenso wird der Gesetzentwurf, betreffend die Verlegung des Staatsjahrabs und die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Vierthalbjahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 auf Antrag des Grafen zu Eulenburg ohne Discussion en bloc angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der gestern bei der Discussion der §§ 9 und 10 unterbrochenen Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Fähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

v. Kleist-Rehov wünscht, daß auch diejenigen Candidaten zum Landratsamt zugelassen werden können, welche, ohne ein juristisches Examen bestanden zu haben, mit der commissariischen Verwaltung eines Landratsamtes während eines Jahres betraut gewesen sind.

Der Minister des Innern wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Vorredners, indem er es als ein billiges Verlangen der öffentlichen Meinung bezeichnet, daß für die genügende Qualification der Landräthe für den höheren Verwaltungsdienst.

b. Kleist-Rehov will statt fünf Jahren drei Jahre setzen.

v. Knebel-Döberitz hält diese Bestimmung für äußerst bedenklich, weil denn doch ein bedeutender Unterschied sei zwischen judiciale und regierende. Wenn man in diesem Maße den Übergang der reinen Juristen in den Verwaltungsdienst erleichtere, so komme man zu einem Zustand, wo es heißt: fiat formalis, perreat mundus. Er könne sich überhaupt nicht mit den sogenannten Ideen des modernen Rechtsstaates befreunden, sondern nur einen Ordnungsstaat anerkennen. Mit dem zahlreichen Übergang von Juristen werde man lediglich einen Formalismus herbeiführen, der eine ungeheure Schwierigkeit im Instanzienzug und dem ganzen Verfahren nach sich ziehen würde. Nur dann ist ein gefunder Zustand vorhanden, wenn man sagen könnte: fiat justitia et vivat, crescat, floreat mundus.

v. Kleist-Rehov verteidigt dem Vorredner gegenüber den in seinem Antrage zum Ausdruck kommenden Standpunkt, indem er die Bestimmung nach der Fassung der Commissionsbeschlüsse für den Verwaltungsdienst als sehr läufig und unvorbielhaft bezeichnet.

Nachdem der Referent, Prof. Dernburg, für die Commissionsbeschlüsse eingetreten ist, wird der § 13 mit dem Amendement von Kleist-Rehov angenommen, ebenso ohne Debatte § 14.

§ 15 wird in Consequenz der zu § 10 gefassten Beschlüsse auf den Antrag des Herrn von Winterfeld gestrichen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden mit den durch die früheren Beschlüsse nötigen Modifikationen anstandslos genehmigt und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen.

Hierauf vertritt sich das Haus um 4½ Uhr bis Montag 1 Uhr. (Geschäftssprache; Austritt aus den Synagogen-Gemeinden; Bestenerung des Haushaltsgewerbes; kleinere Vorlagen.)

Berlin, 17. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Forstmeister Domeier zu Hannover den königlichen Kronenorden zweiter Klasse, dem Repostar, d. C. Canzleirath Otto zu Cassel, den königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem königlich sächsischen Obersten Vollborn, Geniedirector und Director des topographischen Bureau im Generalstab, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse und dem königlich sächsischen Transport-, Ober-Inspector der sächsischen Staatsseehäfen, Bahr zu Dresden, den königlichen Kronenorden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen ordinären Professor an der Universität zu Greifswald, Dr. Ernst Leyden, zum ordinären Professor in der medicinischen Facultät der hiesigen Universität ernannt.

Beim königlichen Wilhelm's Gymnasium zu Königsberg i. Pr. ist der ordinäre Lehrer Professor Dr. Fr. Blas zum Oberlehrer befördert worden.

Der bisherige Auktor Dr. Liebisch ist als Custos beim mineralogischen Museum der Universität hier selbst angestellt worden. — Beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten sind die Canzlei-Dilectarien Gerde und Roloff zu Geheimen Canzlei-Sekretären ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung ist von Sr. dem Kaiser, Könige von Preußen der Präsident des Reichskanzler-Amtes, Staatsminister Hofmann, an Stelle des aus dem Reichsdienste geschiedenen Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Dr. Delbrück, zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden.

Berlin, den 13. Juni 1876. Der Reichskanzler. von Bismarck.

Berlin, 17. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen am 15. d. Ms. Nachmittags in Ems die Vorträge des Geheimen Legationsraths v. Bülow entgegen.

Gestern folgten Se. Majestät einer Einladung Sr. Majestät des Kaisers von Russland zum Diner.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing heute in Baden den Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden. (Reichs-Anz.)

= Berlin, 18. Juni. [Zu den Wahlen. — Die Session.

— Das Competenzgesetz. — Das Gesetz über die Ablösung der Servituten. — Most.] Begülich der Neuwahl zu Landtag und Reichstag wird uns von unterrichteter Seite mitgetheilt, daß bestimmte Beschlüsse von den Regierungen über die Reichstagswahlen noch nicht getroffen sind. Das Reichstagsmandat läuft bekanntlich zu Anfang des künftigen Jahres ab. Man hat es daher hier weniger eilig als mit dem Landtag, für welchen noch in diesem Jahre gewählt werden muß. Man wird nun freilich dem Umstände Rechnung tragen müssen, daß im Spätsommer oder zu Anfang des Herbstes der Reichstag in Berlin zusammentritt und damit eine Anzahl hervorragender Parlamentsmitglieder der Wahlbewegung entzogen werden möchte. Wenn es nun auch wahrscheinlich ist, daß für den preußischen Landtag im October gewählt werden wird, so versichert man uns, daß im Ministerium darüber ein Beschluß noch nicht gefaßt ist. Für das Reich wird sogar noch eine anderweitige Eintheilung der Wahlbezirke, die allerdings durch die letzte Volkszählung in jedem Betracht gerechtfertigt erscheint, geplant, doch scheint es sehr ungewiß, daß die Aufführung gegenüber der knapp bemessenen Zeit noch gelingen wird. Man hört, daß der jetzige Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, sich besonders dafür interessiert und diese Angelegenheit noch vor Eintritt in seine jetzige Stellung, also als großherzoglich hessischer Ministerpräsident, in Anregung gebracht habe. Unter allen Umständen wird also die Wahlbewegung, in Preußen wenigstens, bald nach dem Schlusse des Landtages ihren Anfang nehmen müssen. — Die Mitglieder des Abgeordnetenhaus waren im Laufe des heutigen Tages bereits ziemlich zahlreich hier eingetroffen; überall herrscht die Ansicht, daß die jetzt beginnende Nachwahl in längstens 14 Tagen ihr Ende erreichen möchte. — In Regierungskreisen glaubt man mit Bestimmtheit, daß es gelingen werde, zwischen den beiden Häusern eine Verständigung über das Competenzgesetz herbeizuführen. Ausschließlich von der Erzielung einer solchen wird die Dauer der Session abhängen. — Allem Anschein nach wird der Entwurf über die Ablösung der Servituten n. für Schleswig-Holstein noch zu umfangreichen Debatten im Abgeordnetenhaus führen. Die schleswig-holstein'schen Abgeordneten Seelig, Hänel, Lutteroth und Warburg haben zu dem Entwurf 19 Änderungen beantragt, welche meist auf eine Wiederaufnahme der ursprünglich in der verstärkten Agrarcommission bereits angenommenen, bei der zweiten Lesung aber verworfenen Anträge hinaus kommen. Die Antragsteller haben ihren Wünschen umfassende Motive hinzugesetzt, welche davon ausgehen, daß ein Bedürfnis zu einem neuen Zusammenlegungsgesetz in der Provinz Schleswig-Holstein nicht vorhanden ist, oder auch nur als ein wesentliches Förderungsmittel der Landeskultur angesehen werden kann, während andererseits die Aufführung eines solchen Gesetzes mit außerordentlich großen Kosten und Schwierigkeiten verknüpft sein wird. Heute Morgen um 5 Uhr erfolgte die Entlassung des socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Most nach langer Haft aus dem Gefängnis zu Pößnitz. Es scheint, daß die Behörden große Demonstrationen aus diesem Anlaß erwartet zu haben schienen, denn es waren ziemlich zahlreiche Schulkinder in der Nähe des Gefängnisses postiert. Es hatten sich denn auch die Parteigenossen des Herrn Most ziemlich zahlreich eingefunden, doch kam es zu keinerlei Kundgebungen. Most war von seiner Frau in aller Stille abgeholt worden, er hatte sich jede Demonstration verbeten.

[Die königliche Familie beabsichtigt, wie verlautet, auch in diesem Sommer wieder einen längeren Aufenthalt in Scheveningen zu nehmen.

[Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.] In unterrichteten Kreisen wird jetzt mit Bestimmtheit behauptet, daß die Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht, wie vielfach angenommen wurde, erst im November oder December, sondern schon im October stattfinden werden. Unter diesen Umständen richten wir an unsere Freunde im Lande die dringende Aufforderung, nunmehr aller Orten die Vorbereitung zur Wahlbewegung zu treffen.

[

10 Pf. an Niedermünzen: 26,763,139 Mark 85 Pf.; an Kupfermünzen 8,595,945 Mark 42 Pf.

[Das deutsche Mittelmeergeschwader] ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 18. d. M. früh in Malta eingetroffen.

W. Stettin, 17. Juni. [Die Corvette „Sedan“.] Bei dem heute erfolgten Stapellauf der Corvette „Sedan“ wurde leider durch eigene Unvorsichtigkeit und Waghalsigkeit der Insassen ein Boot mit 3 Personen in die Tiefe gehobt, wobei 2 derselben das Leben verloren. Bis zum Augenblick hat man deren Leichen nicht gefunden. Die Maschinen- und Schiffsbau-Anstalt Vulcan ist noch für mehrere Jahre durch Aufträge der deutschen Marine beschäftigt.

Bremen, 17. Juni. [Demonstration.] Wie wir meldeten, war bei dem Zweckessen des Centralausschusses der hannoverschen Landwirtschafts-Gesellschaft der Toast auf den Kaiser aus Rücksicht auf die überwiegend welsche Gesinnungskarte der Majorität jener Herren unterblieben. Das Drückende dieses Umstandes scheint von den Vertretern des landwirtschaftlichen Vereins zu Bremen, den Herren Bauernmeistern B. Volte und Dietrich Seekamp, am Peinlichsten empfunden worden zu sein, wenigstens haben die Genannten, wie wir der „Post“ entnehmen, auf folgende ebenso originelle wie ergötzliche Weise Nevanche genommen. In Notenburg, dem Schauplatz des dritten Festessens, sitzt man eben bei Tisch und läßt sich's wohl sein. Die Unterhaltung belebt sich, die Stimmung wird eine heitere. Da schleicht unbemerkt Seekamp von der Tafel weg und unterhält sich eine Weile mit dem Dirigenten der die Tafelmusik ausführenden Capelle in einer Sprache, die allerorts verstanden zu werden pflegt. Vergnügt mit den Augen blinzeln kommt er zurück, seinen Collegen Volte einen verständlich erweckenden Rippenstoß zu appliciren. Beide überreichen nunmehr dem Präsidenten der Gesellschaft, Herrn Ober-Appellationsgerichts-Rath von Lenke aus Celle, dessen welsche Gesinnung bekannt ist, zwei Karten, wonach Herr Seekamp ein Hoch auf den besten Landwirth Deutschlands und Herr Volte ein solches auf dessen Verwalter auszubringen wünscht. Arglos geht der Präsident in die Falle und genehmigt die beiden Gesuche ums Wort. Was nun folgt, läßt sich schwer beschreiben. Mit großer Begeisterung und vor innerer langverhaltener Erregung zitternd, feiert Herr Seekamp in naheliegender Allegorie als den besten Landwirth des Deutschen Reiches — den Kaiser Wilhelm. Mit rauschender Fanfare accompagnirt das Orchester das Hoch auf ihn. Auch die noch Schwankenden stimmen ein. Auf Seiten der Welsen natürlich lauter verdutzte Gesichter. Da erhebt sich, um das Maß voll zu machen, auch noch Herr Volte: „Meine Herren, Sie wissen Alle, was ein guter Verwalter für den Landwirth zu bedeuten hat, mein Freund und College Seekamp hat den besten Landwirth leben lassen, ich traute auf dessen ausgezeichneten Verwalter: meine Herren, der Fürst Bismarck, er lebe hoch!“ Neuer Jubel. Das war zu viel für die Welsen. Von ihren Sitzen ausspringen und wie ein Mann zur Thür hinauschießen, war das Werk eines Augenblicks. Im Nu war der Saal von sämtlichen „Patrioten“ gefüllt. Beißhaft beglückwünscht von den übrigen Theilnehmern und in heiterster Laune ob des den Abgezogenen gespielten Streiches, vollendet Herr Seekamp und Herr Volte ihr Mahl mit den Zurückgebliebenen.

Dresden, 17. Juni. [Herr v. Friesen.] Zeitungsnachrichten über bevorstehende Veränderungen in unserem Ministerium gegenüber kann versichert werden, daß bezüglich des Nachfolgers unseres Finanzministers, von Friesen, dessen Rücktritt im September erfolgen dürfte, zur Zeit etwas noch nicht bestimmt ist. Das in den letzten Tagen hier selbst stark verbreitete Gerücht, Herr v. Friesen werde durch unseren gegenwärtigen Minister des Innern, Herrn v. Nostitz-Wallwitz, erzeugt werden, kann heute positiv als unbegründet bezeichnet werden. Herr von Nostitz-Wallwitz wird sein Portefeuille nicht mit dem der Finanzen vertauschen.

Dresden, 17. Juni. [Wahl.] In dem 14. sächsischen Reichstag-Wahlkreise (Borna) ist dem „Dresdener Journal“ zufolge der Kreishauptmann v. Könneritz in Leipzig fast einstimmig wieder zum Reichstag-Abgeordneten gewählt worden.

Ems, 18. Juni. [Der Kaiser von Rußland] ist heute Nachmittag um 3 Uhr mit dem Reichstanzler, Fürsten Gortschakoff, und Gefolge nach einem gemeinsamen Diner bei Sr. Majestät dem deutschen Kaiser nach Jügenheim abgereist. Die beiden Monarchen verabschiedeten sich auf dem Bahnhofe auf das Herzlichste.

Baden-Baden, 17. Juni. [Der Großfürst und die Großfürstin Michael] sind heute früh von Paris hier eingetroffen.

## Frankreich.

Paris, 16. Juni. [Die große Revue. — Zur Wahl Buffets. — Die neueste Broschüre Dupanlouys.] Die große Revue ist gestern sehr gut verlaufen. Das Wetter war schön. Die Haltung der Regimenter fand im Ganzen großen Beifall und Alles ging in vollkommener Ordnung vor sich. Man hatte alle nötigen Vorsichtsmahrschlägen getroffen; vom Morgen an campierten drei Militär- und drei Civilambulanzen neben dem Parcadero. — Heute tritt die Politik wieder in ihre Rechte; man sieht mit der äußersten Spannung der Wahl im Senat entgegen. In letzter Stunde richten die Blätter nochmals ihre Warnungen an die Senatoreen, welche sich etwa die möglichen Folgen der Wahl nicht klar gemacht hätten und welche bloß aus persönlicher Sympathie für Buffet an einer höchst bedenklichen Kundgebung Theil nehmen wollen. „Sezen wir voraus“, sagt z. B. die „Republique“, daß unter dieser unbewußten Hilfe Buffet gewählt wird, so haben wir in kurzer Frist die Cabinetskrise. Wem wird die Nachfolge zufallen? Einem Cabinet der nämlichen Schattierung? Denn wäre es wahrlich der Mühe wert gewesen, den Rücktritt des jetzigen Ministeriums zu veranlassen oder einem Cabinet, welches mehr der Linken zugeht? Kein Mensch denkt daran. Also ein Cabinet der Rechten? Das ist die geheime Hoffnung derer, welche die jetzige Campagne geleitet haben. Aber das ist auch die Gefahr der Situation. Denn was wird geschehen, wenn wir einen Augenblick zugeben, daß der Präsident der Republik, über den wahren Sinn des Volums gefälscht, seine Minister unter den Freunden der Herren de Broglie, Daru, Buffet wähle? Hofft man, daß dies Cabinet sich einen einzigen Tag vor der republikanischen Mehrheit der Deputirtenkammer behaupten wird? Offenbar nein. Es wird sich keinen Tag, keine Stunde behaupten. Bei seinem ersten Erscheinen wird es ein unzweideutiges Misstrauensvotum erhalten. Wird es sich dann seinerseits zurückziehen? Dann beginne die Aera der unaufhörlichen Cabinetskrisen; denn die Deputirtenkammer wird sich wohl zustimmen geben, so lange man ihr nicht ein Ministerium gegeben, das zum Mindesten ebenso republikanisch ist wie das jetzige. Wird das Ministerium widerstehen und versuchen, die Gewalt zu behaupten? In diesem Falle ist nur ein Ausgang des Conflicts, die Auflösung der Deputirtenkammer, möglich. Wir wissen wohl, daß dies der Lieblingswunsch eines de Broglie und Buffet ist; wir wissen wohl, daß sie auf diesen offenen Bruch mit der öffentlichen Meinung abzielen. Diese falschen Parlamentsmänner verlangen nach der Besetzung des Parlaments; aber solche Maßregeln haben nur eine kurze Dauer. Wenn man nicht alle Rechte und Geseze mit Füßen treten, die Verfassung

erreissen und zum Staatsstreich seine Zuflucht nehmen will, wenn man mit einem Worte nicht eine Reihe von Handlungen vollziehen will, gegen welche die Ehrenhaftigkeit des Marschalls protestirt, so wird man binnen Kurzem neue Wahlen ausschreiben müssen. Kann aber jemand daran zweifeln, wie die neue Kammer ausfallen wird? Weiß man nicht, daß sie ebenso republikanisch sein wird als ihre Vorgängerin und daß sie obendrein als eine Repressalien-Kammer und nicht als eine Regierungs-Kammer nach Versailles kommen wird? Wenn es Leute giebt, welche sich einer solchen Gefahr aussetzen wollen, so können wir sie nicht hindern; es steht ihnen frei, sich zu Grunde zu richten; denjenigen aber, welche sich etwa, ohne zu überlegen, zu einer so gefährlichen Kundgebung hinzuholen lassen könnten, sagen wir: „Geht wohl Acht! Es handelt sich heute nicht um einen unbedeutenden Oppositionssatz. Ihr wißt nicht, wohin euch das führen kann; der Friede des Landes und eure eigene Sicherheit könnten dabei zu Schaden kommen.“ So die „Republique.“ Nach den letzten Berechnungen haben sich übrigens die Aussichten Buffet's vermindert. (Wie wenig der Erfolg der Wahl dieser Behauptung entsprochen hat, ist bekannt. D. Red.) Dupanlouys Broschüre Où allons-nous? Wohin gehen wir? ist erschienen. Ein dem Prälaten befremdetes Blatt hat sie ganz abgedruckt. Ihren Inhalt hat man schon aus dem Titel ersehen. Der Bischof beweist, daß die Radikalen und Freidenker Frankreich und die Gesellschaft in den Abgrund stürzen, indem sie das Christenthum zu Grunde richten wollen, um die Gesellschaft auf demagogischer Grundlage wieder aufzubauen. Das Opus ist so banal als möglich und besteht zum größten Theil aus Zitaten von Journal-Artikeln, Broschüren und Reden, die theilweise vom Auslande, ja aus Amerika geholt werden.

Paris, 14. Juni. [Petitionen gegen das Gesetz über den höheren Unterricht.] Nach dem Protokolle der Senatsitzung veröffentlicht das officielle Journal heute eine lange Liste von Petitionen, die von verschiedenen Senatoren eingebracht worden. Der lebenslängliche Senator Théry hat allein nicht weniger als 110 Petitionen aus dem Nord und dem Pas de Calais mit etwa 3600 Unterschriften vorgelegt. Alle diese Eingaben beziehen sich auf das Gesetz über den höheren Unterricht, denn die Clericalen hoffen noch immer, daß der Senat sich anders aussprechen werde, wie die Deputirtenkammer. Auch der Marschall Cantebury, die Generäle Changarnier, d'Andigné, Robert und Espivet, kurz, 27 Senatoren von der Rechten, meistens der legitimistischen Partei angehörend, haben gestern zusammen etwa 300 Petitionen eingebracht. Dieser Petitionssturm wird anhalten, bis der Senat in die Beratung des von der Deputirtenkammer schon angenommenen Gesetzesvorhabens des Ministers Waddington eintreten wird. Die Geistlichkeit, schreibt man der „R. B.“, giebt sich viele Mühe, um die Landbewohner zur Unterschrift zu bewegen und wendet bald Bitten, bald Drohungen an. Meistens wissen die Unterzeichner nicht, worum es sich handelt; sie folgen blos der Weisung ihrer Pfarrer. Anderer Orten, wo mehr Bildung herrscht, betrügt man die Leute, indem man ihnen weismacht, daß die Regierung die katholische Religion vernichten wolle, daß man die Schulen der Ignorantiner aufheben wolle und dergleichen. Man läßt sogar Frauen und Kinder unterzeichnen, kurz, es werden an vielen Orten, wie eine Zeitung in Luneville sagt, „unwürdige Taschenspielereien“ getrieben. Es sind besonders die Departements des Nordens, des Westens und des Centrums, welche die reichlichsten Unterschriften liefern.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 16. Juni. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] nahm der aus Indien zurückgekehrte Lord Northbrook (Ex-Botschafter von Indien) seinen Sitz als Earl von Northbrook und Viscount Baring of Lenham. Lord Enfield leitete die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht, die britische Regierung, sowie britische Unterthanen ihres Anrechts auf die englische Kirche in Stockholm zu berauben — ein Vorbehalt, gegen welches das britische Kirchen-Comité bei den schwedischen Gerichtsbohlen Einsprache erhoben habe. Er stellte hinzu, daß in den letzten 20 Jahren für die Instandhaltung der Kirche 10,000 Pf. Sterl. verausgabt worden seien, zu welcher Summe die britische Regierung 500 Pf. Sterl. beigetragen habe. Der Earl von Derby bemerkte, der Streit sei in Folge der von der vorigen Regierung verfügten Abtötung des britischen Consuls in Stockholm entstanden. Das britische Kirchen-Comité reclamiret die Kirche als das Eigentum der in Stockholm ansässigen britischen Unterthanen, während ein Gegen-Comité behauptete, sie sei das Eigentum aller Protestanten ohne Unterschied der Nationalität. Die Kronjuristen hätten der Regierung empfohlen, sich nicht in die Sache zu mischen, weshalb die schwedischen Gerichte allein den Streitfall zu entscheiden haben würden. Zunächst fragte Carl de la Warre den Minister für auswärtige Angelegenheiten, in welcher Lage England zu dem in Paris am 15. April 1856 von Großbritannien, Frankreich und Österreich unterzeichneten, die Unabhängigkeit und Integrität des osmanischen Reiches garantirenden Vertrage stehe, und ob die von der Türkei ausgeübte Oberhoheit über die tributpflichtigen Staaten Serbien und Rumänien in dieser Garantie mit inbegriffen sei. Lord Derby erwiderte, daß Großbritannien, Österreich und Frankreich kraft dieses Vertrages sich verpflichteten, die Unabhängigkeit und Integrität des osmanischen Reiches gemeinschaftlich und Jeden für sich zu garantiren. Artikel 2 des Vertrages erklärte, daß jede Verlegung der Sipulationen von den Mächten als ein casus belli betrachtet werden würde, und daß sie ohne Verzug sich mit der hohen Flotte bezüglich der Streitmacht, die zur Aufrechterhaltung dieser Unabhängigkeit notwendig sein dürfte, zu verfestigen hätten. So viel er wisse, sei der Vertrag nicht durch irgend einen späteren Vertrag oder diplomatischen Pact für ungültig erklärt oder modifiziert worden. Ich glaube nicht, fuhr der Minister fort, mein edler Freund werde von mir erwarten — und ich bin gewiß, Ew. Herrschaften werden von mir nicht verlangen, etwas zu thun, was kaum möglich ist, und das, wenn es möglich wäre, sehr unbequem und sehr gefährlich sein würde, nämlich, mich auf eine rein hypothetische Discussion darüber einzulassen, wie weit und unter welchen Umständen Garantien darüber Art für diejenigen Länder, die sie geleistet haben, absolut bindend sind. (Hört, hört.) Ohne Zweifel geben sie uns das Recht zu intervenieren, und unter gewissen Umständen bilden sie zweifelsohne für uns eine Pflicht, einzuschreiten, aber was die genauen Umstände anbelangen, unter welchen diese Pflicht zu intervenieren entstehen würde, so ist dies eine Frage, deren Lösung, wie ich glaube, von Niemandem verlangt werden sollte und welche thätsächlich Niemand lösen kann, so lange der Fall nicht wirklich eintritt. Ich bin gewöhnt, meinem edlen Freunde zu sagen, daß er sich betreffs des Wortlaufs des zweiten Theiles des Vertrages in einem Irrthum befindet. In Erwiderung des zweiten Theiles dieser Anfrage mag ich bemerken, daß die tributpflichtigen Staaten Serbien und Rumänien ohne Zweifel in der allgemeinen Garantie der Integrität und Unabhängigkeit des türkischen Reiches mit eingeschlossen sind. Ich bin gewiß, daß mein edler Freund den Sinn des Vertrages mißversteht, wenn er fragt, ob dies für uns oder irgend einer der anderen beteiligten Mächte eine Verbindlichkeit involviert, in die inneren Angelegenheiten Serbiens und Rumäniens zu intervenieren und den Vermittler zwischen der türkischen Regierung und ihren Vasallenstaaten zu spielen. Das beabsichtigt der Vertrag augenscheinlich nicht. Was auch immer ihr Endziel und ihre Bedeutung sein mag, so ist die Garantie, welche dieser Vertrag enthält, eine Garantie der Unabhängigkeit und Integrität des türkischen Reiches gegen Angriffe von Außen her. (Hört, hört.) Der Vertrag macht uns sicherlich nicht verbindlich, uns auf eine oder die andere Seite für oder gegen irgend welche Gewalttheiten zu stellen, die zwischen der Regierung in Konstantinopel und der Bevölkerung innerhalb der Grenzen Serbiens und Rumäniens entstehen. (Hört, hört.)

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] kündigte Forsyth, das conservative Mitglied für den hauptstädtischen Bezirk Marylebone an, er werde sich am nächsten Montag beim Marineminister erkundigen, ob er in Folge des Berichts der Commission über slächtige Slaven das zweite Slaven-Circular zurückziehen und neue Instructionen zu erlassen beabsichtige. Captain Bedford Pitt gab seine Ansicht kund, demnächst die Aufseßlichkeit des Hauses auf den Stand der Flottentreize zu lenken und einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Leith erkundigte sich beim Unterstaatssekretär für Indien, wann das Judenthe Budget eingebracht werden würde. Lord George Hamilton erwiderte, eine Discussion über die Lage der indischen

Finanzen könnte erst stattfinden, nachdem das Comité, welches die Ursachen der Silberwertverlust untersucht, seinen Bericht erstattet habe. Sobald stellte Mundella ein Amendment zu dem ministeriellen Elementarrichtsgefecht, welches es für wünschenswerth erklärt, daß die in dem jüngsten Bericht der Commission über Fabriken- und Werkslizenzen enthaltenen Vorschläge zur Einführung des Schulzwanges in jedweder Maßregel, welche die Einführung des Volkunterrichts begegne, introduciert werden sollten. Ash ley secundirte dem Amendment, welches auch die Unterstützung der Deputirten Lord Cavendish, Heygate, Evans, Dr. Playfair, Birley, Dixon, Mills u. A. fand. Von ministerieller Seite betheiligte sich Niemand an der Debatte, ein Verhalten, das von Samett und dem Marquis von Hartington gerügt wurde. Der Premierminister Disraeli vertheidigte die Haltung der Regierung und willigte in die Verlängerung der Diskussion bis zum nächsten Montag unter der Bedingung, daß sie dann zum Abschluß gelange. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Einzelberatung der Vorlage zur Ausbildung des Armees erledigt, die Bill zur Consolidierung der Steuergesetze in zweiter Lesung angenommen, und der Obersecretär für Irland, Sir M. H. Beach, erwirkte die Erlaubnis zur Einbringung eines Geheimschlusses zur Reform des irischen Gefängniswesens. Der Sitzungschluß erfolgte erst nach 2 Uhr Morgens.

[Der amerikanische Fälscher Winslow,] dessen bedingunglose Auslieferung an die Ver. Staaten die britische Regierung verweigerte, wurde gestern aus der Haft entlassen.

[Brooks Warb,] ein der Theorie gegenüber befindliches siebenstöckiges massives Gebäude in Queenhithe (London), in welchem Waaren im Wert von ca. 40,000 Pf. unter Steuerverlust lagerten, wurde in leicht verflossener Nacht ein totaler Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden wird auf hunderttausend Pf. veranschlagt. Die verheerende Feuersbrunst beschädigte auch mehr oder weniger mehrere angrenzende Gebäude.

England, 16. Juni. [Die Ermordung der Minister.] Das „W. T. T. Ebl.“ schreibt: Augenzeugen des furchtbaren Ereignisses, das sich gestern im Konat (Palast) Midhat Pašas vollzogen hat, schildern den Verlauf derselben im folgender Weise:

In dem Saal des Konats, der von den übrigen Gemächern nur durch Tapetenvorhänge geschieden ist, war der gesammte Ministerrat versammelt. Aufhalb des großen Scheidevorhangs standen zwei militärische Wachposten und einige Diener gingen ab und zu, den Berathenden die üblichen Erfrischungen zu reichen. Inmitten der Diskussion wurde der Vorhang plötzlich rückt zur Seite gezogen und ein junger Mann, in der Uniform eines Feriks (Major), stürzte auf den Kriegsminister Hussein Avni Paša los und schrie ihm folgende Worte zu: „Ich habe Dir gesagt, daß ich meinen Sultan rächen werde; hier die Rache!“ In selbem Augenblicke zog der Offizier aus der Tasche einen Revolver und stach aus der nächsten Nähe auf den Kriegsminister. Die Kugel durchbohrte die Brust des Pašas, der sofort tot zusammenbrach. — Banischer Schreder ergriß die Anwesenden. Während alle von ihren Sitzen aufsprangen, um die Ausgänge zu erreichen, warf sich der Minister des Äußeren, Rasid Paša, auf den Mörder. Er sah ihn von rückwärts und suchte ihm die Waffe zu entreißen. Während dieses Kampfes drückte Hassan den Revolver wiederholt ab. Eine Kugel traf den Marineminister, ohne ihn jedoch zu töten. Auf den Knall der Schüsse waren die Wachposten und die Diener herbeigeeilt. Eine von den weiteren Schüssen tödete einen Soldaten und einen Diener. Nun entfand der Revolver der Hand des Mörderen. Jetzt erst lebte sich dieser unmittelbar gegen Rasid Paša, riß einen Dolch aus der Scheide und bohrte wiederholt die Klinge in die Brust des Ministers, der unter den Stichen seinen Geist aufgab. Das verzweifelte Ringen der beiden Männer wähnte einige Minuten, da Rasid Paša, obgleich an körperlicher Kraft seinem Gegner entfernt nicht gewachsen, mit Mut und Häufigkeit kämpfte.

Endlich gelang es der Dienerschaft und Wache, den Mörder zu überwältigen und ihn festzunehmen. Der Erste, der nach dem Schüsse auf Hussein Avni Paša aus dem Saale geflohen war, war Midhat Paša. Der Mörder heißt Hassan. Er bekleidet den Rang eines Feriks (Majors) im Nizam (Eunam) und war dem Sultan Abdul Aziz als Adjutant zur Dienstleistung zugetheilt. Er ist ein Eselkrieger und soll, wie man versichert, demselben Stamm angehören, aus welchem die Mutter von Abdul Aziz, die Sultanin Valide, hervorgegangen ist. Als am 29. Mai die Verschworenen, Hussein Avni Paša an der Spize derselben, in das Gemach des Sultans Abdul Aziz eindrangen und ihn als entthront erklären, rief Hassan, der an diesem Tage einer der diensthabenden Adjutanten war, dem Paša zu: „Ich werde meinen Sultan an Dir rächen!“ Diese Drohung war, wie man sagt, der Beweisgrund für Hussein Avni Paša, den Major Hassan aus dem Palastdienste zu entfernen, ihn für einige Tage gefangen zu setzen und ihn darauf zum Dienste bei den Nizams zu kommandieren. Auf welche Weise es Hassan gelungen war, in den Palast Midhat Pašas einzudringen, die Minister bei ihrer Beratung, von deren Stattden er offenbar unterrichtet war, zu überraschen, um mit schrecklicher Entschlossenheit seinen Racheplan auszuführen, das ist noch unbekannt. Hassan lebte, wie oben berichtet, den Revolver auf Hussein Avni Paša unter dem Rufe ab: „Ich habe Dir gesagt, daß ich meinen Sultan rächen werde; hier die Rache!“ Diese Worte stehen in nächster Beziehung mit der Drohung, die Hassan bei der Katastrophe der Enttronung des Sultans Abdul Aziz ausgestossen hatte. Der Eindruck des Ereignisses ist ein außerordentlicher. Die heute angesehene feierliche Ceremonie der Schwertwürdigung des Sultans Murad in der Moschee Ebub ist aus diesem Anlaß unterblieben.

## Provinzial-Befreiung.

\* Breslau, 19. Juni. [Provinzial-Schützenfest.] Der „Niederschl. Anzeiger“ meldet unter dem 17. Juni aus Groß-Glogau: Das Comité für die Arrangements zum Provinzial-Schützenfeste tagte gestern Abend im Schützenhause von 6 bis gegen 10 Uhr Abends. Das Comité erklärte sich in Permanenz und wird allwöchentlich einmal zusammenkommen, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Das Programm für das Provinzial-Schützenfest ist genau so geblieben, wie wir es bereits vor längerer Zeit veröffentlicht haben. Das Fest beginnt Sonntag, den 6. August. Nachmittag 3 Uhr bewegt sich der Festzug vom Pionnier-Liebungsplatz aus durch das Preußische Thor; das Schießen beginnt Nachmittag 4 Uhr. Montag, den 7. August, Nachmittag 8 Uhr, wird im Schützenhause der Schützenabteilung abgehalten. Tagesordnung: 1) Antrag Glogen, betreffend die Wahl des Präsidiums auf die Dauer von 4 Jahren. 2) Antrag Plegnitz: Beim Bundes- und Wettschießen soll nur freistehend aus freier Hand über zwei Punkte auf 175 Meter Distance geschossen werden. 3) Antrag Plegnitz: Alle Beteiligte, Schießlisten u. s. w. müssen bis zum 8. September bei dem Präsidium eingeliefert werden, dieses bestimmt einen Tag, an welchem die Prüfung der Schießlisten u. s. w. vorzunehmen ist. Dieser Prüfung können Deputirte der verschiedenen Gilden beiwohnen. 4) Antrag Breslau: Können Theile von Schützenzügen als Bundesmitglieder aufgenommen werden? Dienstag, den 8. August: Nachmittag 3 Uhr Beendigung des Schießens, 6 Uhr Proklamation des Bundes-Schützenkönigs und Abends 8 Uhr Banquet in den Sälen des Rathauses. Am Mittwoch, den 9., und Donnerstag, den 10. August, findet ein Lustschlecken statt.

\* [Militärisches.] Nach dem vom königlichen General-Commando des 5. Armee-Corps aufgestellten Entwurf zur Dislocation der unter Befehl des Generalmajors Freiherrn v. Löw in der Gegend zwischen Büllighaus und Bomsdorf im Herbst dieses Jahres übenden combinierten Cavallerie-Division soll die befehligen Truppen wie folgt einquartiert werden: Stab einer Cavalleriebrigade und Pioniers des Württembergischen Regiments Nr. 10: Büllighaus. 2. Leibhusaren-Regiment Nr. 2: Krauschow, Kay, Mohr, Guren, Lachow. Stab der reitenden Abteilung und eine reitende Batterie: Orlach. Stab einer Cavalleriebrigade und Kürassierregiment Nr. 2: Glauchow, Sadlingar, Ralewitsch, Mühlbörschen, Friedrichsschule und Schwarmic. Westpreußisches Kürassierregiment und eine reitende Batterie: Trebschen, Ostritz, das kleine Groß-S

+ [150jähriges Jubiläum.] Die israelitische Kranken-Verpflegungs-Anstalt und Beerdigungs-Gesellschaft zu Breslau feierte am gestrigen Sonntag, Vormittags 10½ Uhr in der ausschönste mit erotischen Gewächsen decorirten Neuen Gemeinde-Synagoge das Fest des 150jährigen Bestehens durch einen feierlichen Gottesdienst, wozu außer den Gemeindemitgliedern auch eine große Anzahl geladener Ehrengäste erschienen waren. Zur festseitigen Stunde wurde die religiöse Feierlichkeit durch den 111. Psalm, „Herr, von Herzen will ich danken“, eingeleitet, welcher unter Leitung und Mitwirkung des Ober-Cantors Deutscher von einem Sängerchor recht exact zu Gehör gebracht wurde. Hierauf hielt Herr Landes-Rabbiner Tiktin eine weihvolle Predigt, in welcher er darauf hinwies, daß vor 150 Jahren, als Israel noch verkannt und von allen politischen, sozialen und humanistischen Beziehungen ausgeschlossen war, einige hochherzige Männer zusammengetreten seien, um einen Verein zu begründen, der dazu dienen solle, der leidenden Menschheit Hilfe zu verschaffen. Dieser Verein (Chewra Kadisha), der heute sein Jubiläum feiert, hat sich im Laufe der Jahre zu einem aktionsgebietenden Vereine aufgeschwungen. Von denjenigen Männern, welche durch reiche Gaben denselben in den Stand gezeigt haben, so legendreich wirken zu können, verdient am heutigen Tage vor allen der verstorbene Commerzien-Rath Jonas Fränkel eine ehrenvolle Erwähnung, da er sich durch seine werthältige Hilfe ein dauerndes Andenken bei der Nachwelt erworben habe. — Redner verglich den Verein nach einer jüdischen Parabel mit einem Panzer und mit einem Gewande, die beide aus kleinen Theilen aus Schuppen und Fäden zusammengesetzt ein Ganzes ausmachen, ähnlich wie der erwähnte Verein sich ja auch aus kleinen Anfängen zu seiner jetzigen bedeutenden Stellung herangebildet habe. Am Schlusse der Predigt sprach der Redner seinen Dank gegen Gott aus, daß jetzt das Judenthum aus seiner gesenderten Sphäre herausgetreten, daß der Geist des Hasses und der Verachtung überwunden sei und die Nächstenliebe den Sieg gewonnen habe. Möge die Gesellschaft noch Jahrhunderte lang zum Segen der leidenden Menschen gedenken. Hieran schloß sich der Gesang des 19. Psalms: „Die Ordnungen Gottes erstreuen die Sinne, unwandelbar geht fort ihr Lauf.“ — Demnächst betrat Rabbiner Dr. Joël die Kanzel, um in beredten Worten der Feier des Tages Abschluß zu bringen. Die anwesenden Meiste mischeten Redner daraufhin doch ein kleiner

zu geben. In geistreicher Weise wies Redner darauf hin, daß wo Israel keinen Fuß hinecke, es Zeugnis durch religiöse Institutionen, bestehend in Acten der Nächstenliebe, ablege. Humanität sei nicht die Wurzel, sondern nur die Frucht, hingegen aber sei Religion die eigentliche Wurzel. Wahre Religiosität bringe Opferwilligkeit hervor, und wo diese fehle, trate Selbstsucht an deren Stelle. Indem Redner an die freundliche Gegenwart erinnere, betont er gleichzeitig, daß es jetzt nicht an Männern fehle, welche Israel Liebesdienste erweisen. Die Jubelanstalt, deren Aufgabe es ist, den Hilflosen und Kranken beizustehen und ihnen die schweren Stunden zu erleichtern, habe sich noch niemals einer solchen bewundernswerten Ordnung wie gegenwärtig zu erfreuen gehabt und er hege die feste Hoffnung, daß die junge Generation in demselben Sinne der Väter fortwirken werde. Vor Allem sei er dazu berufen, den Männern der Wissenschaft, den Aerzten, den Vorstands-Mitgliedern und den Beamten der Anstalt für ihre treue Mühelamung den öffentlichen Dank auszusprechen. Die Wirksamkeit der Anstalt habe sich bisher nicht vermindert, sondern stetig erhöht, und so möge sie herinnerh unter Gottes Beistande weiter gedeihen. Am Schlusse der Predigt sprach Rabbiner Dr. Joël Segensworte über Se. Majestät unsern erbabenen Kaiser, über die Provinz, über die Stadt, über die Gemeinde und über die Jubelanstalt aus. Ein Gesang: „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln“, bildete den Beschluß der erhebenden Feierlichkeit, die um 12½ Uhr beendet war. Das weite Gotteshaus war in allen seinen Räumlichkeiten von Andächtigen überfüllt.

+ Löwenberg, 17. Juni [Wahlversammlung. — Sonstiges.] Auf Veranlassung des hiesigen liberalen Wahlvereines erstattete gestern der Reichs- und Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Bunzlau-Löwenberg, Herr Justizrat Michaelis, über die Ergebnisse, speziell über die Betreibungen der national-liberalen Partei, in den jüngst geflossenen Kammerverhandlungen Bericht. Im Allgemeinen teilte der Vortragende der zahlreichen Versammlung bereits bekannte Thatsachen mit. Über Aufstellung geeigneter Kandidaten für die nächste Legislatur-Periode des Reichstages und Abgeordnetenhaus verlautete bis jetzt noch nichts Definitives; hoffentlich gelingt es den liberalen Männern der diesseitigen, namentlich aber der sehr lebhaften Agitation im oberen Kreise, dies- und jenseits des Kreises würdige Vertreter unseres weit verzweigten Kreises aufzustellen um ihre Wahl zu ermöglichen. Eine Wiederaufnahme des Mandats durch die Herren Seidler und Michaelis ist kaum zu erwarten. Herr Seidler hat bereits jede Wiederwahl abgelehnt. — Das herrliche Wetter hat die Vegetation mächtig gefördert und glücklicherweise viel gut gemacht, was die bösen Nachfröste des vergangenen Monats fast zerstört hatten. Die Heuernte hat ausgezeichnete Resultate ergeben. — Vergangene Woche ertrank ein Schumachergeselle, welcher sich an unerlaubter Stelle im Böber badete. — Mit dem 1. Juli c. übernimmt Herr Dr. Hecker aus Görlitz das Directorat der Provinzial-Irenheilanstalt im nahegelegenen Blagwitz.

=ch= Oppeln, 18. Juni. Urlaubskreise. — Landesaufnahme in Österreich.] Herr Regierungspräsident v. Hagemeyer hat einen 16 tägigen Urlaub zu einer Reise nach seiner Heimat in Pommern nachgesucht und erhalten und tritt denselben am 19. d. Ms. an. — Behufs Ausführung von Arbeiten zur Landesaufnahme in Österreich wird es während des laufenden Jahres zeitweise erforderlich sein, daß die hiermit betrauten österreichischen Offiziere, nämlich der Mappirungs-Director, Oberst-Lieutenant im Generalstabs-Corps, Carl Edlen v. Prybylewitsch nebst 5 Hauptleuten, 7 Oberleutnants und 2 Rittmeisters (Wappenschild-Unterdirektoren rath Münzenbau)

Die neuen und 2. veränderten Haupptungs-Unterordnungen resp. Hauppteile, die diese seitige Grenze zwischen den Orten Gieshübel in Böhmen und Barzic in Österreichisch-Schlesien (auf österreichischer Seite), sowie Lewin und Pleß (auf preußischer Seite) nach Bedarf überschreiten. Es sind deshalb die betreffenden Behörden des doppelseitigen Bezirks auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern davon in Kenntniß gelezen worden, daß den gedachten Difizieren, welche zum Ausweise bezügliche offene Ordres erhalten haben, im Einverständniß mit dem Herrn Reichskanzler die Erlaubniß zum Ueberschreiten der Grenze ertheilt ist.

**4 Gogolin, 17. Jun.** [Zur Tageschronik.] Vergangenen Sonntag unternahm der biesige Krieger- und Gesang-Verein „Harmonie“ einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Dombrowler Walde, welcher zur allgemeinen Zufriedenheit anfiel. Kurz vorher machte der Groß-Steiner Krieger-Verein einen ähnlichen Ausflug nach der romantisch gelegenen Wolschlucht. Donnerstag wird ein allgemeiner Spaziergang der biesigen Schulen stattfinden und ist hierzu der Goraszewer Wald aussersehen. — Die Befürchtung, daß die Frühjahrssäaaten und Kartoffeln durch die Maistöfe gänzlich vernichtet sein würden, hat sich glücklicher Weise nicht erfüllt; sie haben sich vielmehr nach Eintritt der warmen Witterung im hohen Grade erholt und stehen gegenwärtig üppig da. Der Frühroggen hat leider an manchen Stellen gründlich gelitten, dagegen hat der Frost dem Spätroggen nichts angehabt. — Die kleine, schwarze Ameise ist dies Jahr hier und Umgegend in immenser Zahl vorhanden und zur Plage der Garten- und Hausbesitzer geworden. Ob irgend ein Mittel vorhanden ist, diese ungebetenen Gäste zu vertreiben, ist uns hier unbekannt. — Die Hitze ist gegenwärtig drückend und sehr zahlreiche Gewitter mit grossen Regengüssen und theilweise Hagelschlag entladen sind in unsern Gegend.

<sup>5</sup> Rosdzin O.-S., 17. Juni. [Hochwasser. — Unglücksfall.] Die Gewitter zu Anfang dieser Woche und die in ihrem Gefolge befindlichen sehr heftigen und andauernden Regengüsse brachten uns in unserem kleinen Rosdzinkla-Bläschen ein Hochwasser, wie wir es selten im Sommer hier zu sehen bekommen, ganz ähnlich dem seiner Zeit gemeldeten Frühjahrs-Hochwasser. Mit Ausnahme der beiden massiven Brücken war keiner der übrigen Communications-Stege passierbar, und mehrere in der Nähe des Wassers stehende Häuser waren in Höhe von einem halben Meter unter Wasser gefegt. Der Grenzfluss Brzica war weit über seine flachen Ufer getreten und hatte die zwischen Mylowice und dem diesseitigen Kl.-Dombromia befindliche Grenzbrücke mit sich weggenommen. Auch die neue Eisenbahnbrücke der Strecke Sczoppinisch-Sosnowice der „Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn“ hat vom Hochwasser in ihren Holzbeilichen Schaden erlitten. — Gestern Nachmittag fiel bei dem benachbarten Orte Bagno eine 70 Jahre alte Frau in einen nicht eben tiefer

T. Neuberun, 17. Juni. [Zerspringen von Goldmünzen.] Das  
Nidelmünzen beim Aufwerfen zerspringen, ist in hiesiger Gegend schon mehr-  
mals vorgekommen; das aber auch die Goldmünzen zerspringen können,  
war heute das erste Mal der Fall. Ein Bauer aus Oesterreich hatte in  
Kattowitz eine Doppeltrrone in Zahlung erhalten, wollte dieselbe in öster-  
reichisch Geld bei einem hiesigen Kaufmann verwechseln, welcher die Doppel-  
trrone, um den Klang zu prüfen, auf den Ladenstisch aufwarf, worauf das  
Goldstück in drei Stücke zersprang. Es war allerdings durch die Loupe wahr-  
zunehmen, daß die gesprungenen Flächen an beiden Seiten schwarze Streifen  
hatten und nur in der Mitte zusammengehängen haben. Derselbe Fall mag  
wohl auch bei den Nidelmünzen der Fall gewesen sein. Die Doppeltrrone ist  
der königlichen Münzdirection in Berlin einsandt worden.

(Notizen aus der Provinz.) \* Görlitz. Der Landeshauptmann und Landesälteste der Königl. preuß. Ober-Lausitz, Herr v. Sendewitz, ist von Kissingen, wo derselbe eine mehrwochentliche Badelut gebrauchte, in bestem Wohlsein zurückgekehrt. Den Sommeraufenthalt wird Herr v. Seydewitz, wie in früheren Jahren, auf dem Familiengute Nieder-Reichenbach nehmen.

+ Gr.-Glogau. Der "Niederschl. Anz." meldet unterm 17. Jani  
herr Stadtbaurath Schmidt hat gestern plötzlich bei dem Magistrat seine  
sofortige Pensionirung beantragt und bereits heute seine Thätigkeit einge-  
stellt. Diese Nachricht hat in allen Kreisen der Bevölkerung großes und ge-  
rechtes Aufsehen erregt. Kränkungen, die Herr Baurath Schmidt ersitten  
haben soll, werden uns als Motive des Enschlusses bezeichnet. Heute fand  
in der Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung des Magistrats statt.  
Wir theilen nur mit, daß nach beendeter Sitzung eine Deputation, bestehend  
aus den Herren Oberbürgermeister Martins, Stadträthen Mehnert und Pio-  
letti, sich zu Herrn Baurath Schmidt begeben hat, um mit demselben wegen  
Rücknahme seines Pensionsgesuches zu unterhandeln. Die Befreyung jedoch  
nicht ganz ohne Erfolg gewesen sein. Wahrscheinlich wird schon in den  
nächsten Tagen die Sache vor das Forum der Stadtverordneten gelangen.

# Brieg. Das „Oberblatt“ schreibt: Wie ein Kranz natter Zopfsechte — eigenen oder fremden Wuchses — unter Umständen Schild und Schirm zu bilden vermag, bewies ein neulich vorgekommener Fall; ein junges Mädchen wurde, als sie zu einem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk belegten elterlichen Wohnung herausstieg, durch ein gewaltiges Stück Mauerputz getroffen, welches sich vom Dachgesims plötzlich löste; nur jener starke Zopf-Kranz (übrigens eigenen Haares) schützte vor einer vielleicht schweren ungewöhnlichen Verlelung.

■ Beuthen O.S. Das „Neue Stadtbl.“ meldet: Den Bemühungen des Gendarmen Dann war es am vergangenen Freitag gelungen, den langgeschauten und berüchtigten Pferdedieb Bomba, welcher kürzlich aus dem Lubliner Gefängniß entprungen, auf dem Robberg in einem Privathaus gefangen zu nehmen. Bomba ist, wie bereits erwähnt, ein Haupigenosse de-

\*\* Freiburg. Am 16. Juni fand unter zahlreichen Beobachtungen von

Freunden der Schule der Sommer-Spaziergang unserer höheren Bürgerschule nach der historisch denk würdigen Siegeshöhe bei Hohenfriedeberg statt. Für den Rückweg waren in dankenswerther Weise von Freunden der Schule der ermüdeten Schülern Fahnen zur Verfügung gestellt worden.

## Telegraphische Depeschen. (Aus Welta Telegr.-Bureau.)

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 17. Juni. Das "Journal des Débats" bezeichnet die Gerüchte von einem bevorstehenden oder schon erfolgten Rücktritt des Ministeriums für unbegründet und fügt hinzu, daß die heutige Konferenz der Minister mit dem Marschall-Präsidenten zu einem befriedigenden Ergebniß geführt habe. — Durch eine heute vom Marschall Mac Mahon unterzeichnete Verfügung werden vier Präfектen ihre Posten erhoben.

Rom, 17. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zog der Ministerpräsident Depretis den von dem früheren Ministerium eingebrachten Gesetzentwurf betreffend den Rückkauf und Betrieb der oberitalienischen Eisenbahnen zurück und legte einen neuen Gesetzentwurf betreffend die Genehmigung der Baseler Convention, des Wiener Vertrages und der zwischen der Regierung und der Alta Italia vereinbarten Zusätze betreffend den Betrieb dieser Linien nach dem Rückkauf durch die Regierung vor. Der Minister behielt sich vorhin sichtlich der römischen und der süditalienischen Bahnen weitere Vorlagen einzubringen. Die Kammer verwies den von dem Ministerpräsidenten vorgelegten Entwurf zur Vorberatung an eine Commission.

London, 17. Juni. Die Verhandlungen in dem Prozeß gegen Capitain Keyn von der „Franconia“ über die Frage der Competenz der englischen Gerichte vor dem Court for crown cases reserved sind heute bis zum nächsten Dienstag vertagt worden. Der Generalanwalt suchte darzuthun, daß das Gebiet in einer Entfernung von 3 Meilen rings um die englische Küste als britisches Gebiet anzuerkennen sei. Bei anderen Ländern sei Seitens Englands ein gleiches Recht stets anerkannt worden.

Madrid, 17. Juni. Die von dem Comite der englischen Gläubiger der spanischen Staatschuld bezüglich der Couponszahlung gemachten Vorschläge sind von der spanischen Regierung genehmigt worden, weil dieselben eine Vermehrung der Steuern nicht erheischen.

Haag, 18. Juni. In Folge der Abstimmung der zweiten Kammer über das Militärgezetz haben, wie gerüchtweise verlautet, sämtliche Minister dem Könige ihr Vortreteurwillen zur Verfassung gestellt.

Minister dem Könige ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.  
Antwerpen, 17. Juni. Die Führer der hiesigen liberalen Partei haben eine öffentliche Erklärung erlassen, worin sie unter ausdrücklicher Mißbilligung alles gewaltsmäßen Vorgehens an der Aenderung des bestehenden fehlerhaften und gefährlichen Wahlsystems auf das Entschiedenste festhalten und namentlich verlangen, daß die Unterdrückung der Städte durch die Landbevölkerung, durch welche die intelligenten Klassen auf das Empfindlichste berührt würden, aufhören müsse. Ueber der Legalität siehe die öffentliche Meinung und die constitutionellen Wahrheit entspreche es nicht, daß sich die Regierung gewalt in den Händen eines clericalen Cabinets befindet. Nur durch den Rücktritt des letzteren könnten die vorhandenen Beunruhigungen beseitigt werden.

Bukarest, 17. Juni. Bei den Deputiertenwahlen im ersten Wahl-Collegium hat die Regierungspartei ein sehr erhebliches Uebergemach erhalten, die von der conservativen Partei aufgestellten Candidaten sind fast sämmtlich unterlegen. Minister Verneșcu wurde hier gewählt. Minister Rogalniceano ist bereits zweimal gewählt.

**Washington**, 17. Juni. Präsident Grant hat eine Botschaft an den Congreß gelangen lassen, worin daran hingewiesen wird, daß die von der Regierung geforderten Credite noch nicht bewilligt seien und daß die Regierung in groÙe Verlegenheit gerathen werde, wenn die Bewilligung nicht noch vor dem 1. f. M. beschlossen werden sollte.

Washington, 18. Juni. Präsident Grant hat dem Congress eine Resolution zugestellt, durch welche die Bestreitung der Staatsausgaben bis zur Annahme des Gesetzentwurfes über den von der Regierung geforderten Credit Seitens des Congresses genehmigt wird. — Das von der republikanischen Convention in Cincinnati gewählte Comitee hat den Deputirten Columbus abgesandt, um Hayes officie von seiner Ernennung zum Präsidentschafts-Candidaten in Kenntni zu setzen. Hayes hat die Candidatur angenommen.

(E. Hirsch's telegraphisches Bureau.)  
Prag, 18. Juni. Die Anklageakte in dem Processe gegen die Directoren der hiesigen Creditanstalt-Filiale bringt nicht die erwartete Kritik der Controle in der Creditanstalt, vielmehr werden die Rechtsanwälte der Angeklagten die ungenügende Controle der Creditanstalt beleuchten und als Milderungsgrund für ihre Clienten geltend machen.

Belgrad, 18. Juni. Der serbische Metropolit hat außer einer politischen auch die Mission, in Russland ein serbisches Staatsanlehen von 6 Millionen Rubel zu contrahiren.

## Handel, Industrie &c.

L. Liegnitz, 18. Juni. [Schles. Wollwarenfabrik.] Gestern fand hier selbst die General-Versammlung der Aktionäre der Schles. Wollwarenfabrik (vorm. Jos. Beer) statt und wurde in derselben die Liquidation derselben beschlossen.

ß Görlich, 16. Juni. [Handelskammer-Bericht.] Die Handelskammer für die Stadt und den Kreis Görlich hat den Jahresbericht über die Handels- und Gewerbehätigkeit ihres Bezirks pro 1875, welchen sie Sr. Excellenz dem Herrn Handelsminister eingereicht hat, zugleich auch im Druck erscheinen lassen. In der Einleitung zu dem Berichte wird die schon im vorigen Jahre ausgesprochene Klage wiederholt, daß die Lage und der Gang der Industrie und des Handels auch im diesseitigen Bezirke als nicht günstig und im Rückschritt begriffen zu bezeichnen sei. Die Tuch- und Wollensstoff-Fabrikation ist bei dem schlechten Export hauptsächlich auf das deutsche Geschäft angewiesen, welches das im Verhältniß zu dem sehr eingeschränkten Bedarf immer noch zu große Quantum des Fabrikats nicht consumire kann. Die englische, sowie die französische Concurrent schädigen das Geschäft. Die Einfuhr englischer Tuchwaren ist von 1868 bis 1873 bedeutend gestiegen und nur in Folge des schlechten Geschäftsganges sind in den letzten Jahren wieder weniger englische Tuchwaren importirt worden. Die Ausfuhr deutscher Tuchwaren nach England ist dagegen unbedeutend. Die gewöhnlichen englischen Stoffe werden größtentheils aus ordinarem Material mit Mischung von Schoddy und Mungo fabriert, worin die deutsche Industrie nicht dasselbe leisten kann, weil in England dieses Material viel billiger zu beschaffen ist. In den englischen Colonien steht dem deutschen Transport ein hoher Zoll entgegen; ebenso wirkt bei dem Handel mit Tuchen nach Frankreich und Belgien die bedeutende Zolldifferenz zu unserem Nachtheil. Die Orleansfabrikation, welche nächst der Tuchfabrikation einen der bedeutendsten Industriezweige des hiesigen Bezirks bildet, leidet ebenfalls durch zu bedeutende englische Concurrent. Die Maschinenfabrikation liegt bei dem schlechten Gange der Textil- und anderen Industrie und bei den fehlenden Staats- und Privat-Bauunternehmungen total daneben. Nicht viel besser ist es mit den Eisenbahnwagen-Bauanstalten. Die Cigarren- und Spiritus-Fabriken leiden unter den allgemeinen Credit-Verhältnissen, und nur die Glas-Fabrikation erhält sich bei sehr gedrückten Preisen noch durch den Export in dem bisherigen Betriebe. Sämtliche Geschäfts-Branchen leiden unter den erhöhten Frachten, die die Concurrent mit dem Auslande erschweren. In unserer sonst als solide bekannten Geschäftsbetriebe sind in letzter Zeit mehrfache, nicht unbedeutende Zahlungs-einstellungen vorgekommen. Außer der Concurseröffnung über die Actiengesellschaft „Niederschlesische Maschinenbauanstalt“, durch welche 500 Arbeiter brotlos geworden, sind noch Conurse über ein bedeutendes Spiritusgeschäft und ein Bantgeschäft, sowie über eine Stärkezucker- und Syrupsfabrik und mehrere kleinere Geschäfte eröffnet worden. — Nach diesem wenig erfreulichen Bilde von dem allgemeinen Stande der Geschäftsverhältnisse giebt der Bericht einige Andeutungen, wie den Übelständen abzuholzen sei, und geht dann zu einzelnen Bemerkungen über die in letzter Zeit geschaffenen oder im Entstehen begriffenen staatlichen Institutionen über, welche mehr oder weniger mit dem gewerblichen und commerciellen Leben im Zusammenhang stehen; vor Allem wird hier mit unumwundener Anerkennung ausgesprochen, daß die Einrichtung der Reichsbank und die neue Münzordnung sich vorzüglich bewährt haben. — In Be-

neue Ausgaben von neu hinzugefügten bewilligt haben. — In Bezug auf das Reichsbankgesetz wird jedoch hinzugefügt, daß der § 13, Abs. 2 desselben („Die Reichsbank ist besiegelt, Wechsel, welche eine Verschuldungszeit von höchstens drei Monaten haben und aus welchen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig verpflichtete haften, zu kaufen und zu verkaufen.“) dem Geschäftsvorkehr hinderlich sei, da selbst unzweifelhaft sichere Häuser bei schlemigem Cashbedarf nicht tratten ohne Accept bei der Bank discontiren können; ebenso der § 19 desselben Gesetzes, welcher die Reichsbank zur Annahme von Noten der nach § 45 bekannt gemachten Banken nur in Städten von mehr als 80,000 Einwohnern verpflichte, während es sehr bedeutende Industriebezirke gebe, wo die Reichsbankstellen wegen der nicht vorschriftsmäßigen Einwohnerzahl die Annahme versagen müßten. — Der specielle Theil des Berichtes zeigt, daß trotz der Geschäftsverringerung des letzten Jahres, die sich ja nicht blos hier, sondern in manchen Bezirken noch viel fühlbarer geltend gemacht hat, der diesseitige Bezirk immer noch ein reiches und reges Industrie- und Handelsleben entwidelt, welchem hoffentlich durch eine allgemeine Besserung der gewerblichen Verhältnisse bald wieder die volle alte Kraft zugeschüttet werden wird.

Elberfeld, 17. Juni. [Die Gesamteinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahnen und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn betragen im Monat Mai c. 5,161,249 Mt. gegen 5,331,033 Mt. im Monat Mai 1875, mithin Mindereinnahme 169,784 Mt. Vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. betragen die Einnahmen 24,118,676 Mt. gegen 24,922,937 Mt. in demselben Zeitraume des Vorjahres, mithin Mindereinnahme 804,261 Mt.]

Köln, 16. Juni. [Protokoll der Rheinischen Effecten-Bank.] In der heutigen Sitzung handelte es sich zunächst um einen in der Generalversammlung durch Horn gehaltenen Vortrag über die Geschäftslage der

Effectenbank, welcher Entststellungen enthalten sollte. Horn erklärte, in der Sitzung des Aufsichtsraths sei der Geschäftsbereich von der Tagesordnung gestrichen worden. In der Versammlung durfte ein solcher Bericht nicht gehalten werden; als jedoch die Versammlung vorüber, habe er einige Mittheilungen über den Stand der Effectenbank gemacht, die aber nicht den Charakter der Bilanz gehabt. Was er da mitgetheilt, sei nur als von ihm persönlich ausgegangen zu betrachten. Dieser Bericht, also nach der Auffassung des Angellagten die Mittheilungen per 1874, wird verlesen. Der Sachverständige Merzbach verbreitete sich über den Bericht, den er eingesehen hat, um sein Urteil abzugeben; dieses lautete dahin, daß der im Abschluß an die General-Versammlung erstattete Bericht unrichtige Mittheilungen enthalten habe. Dagegen wurde angeführt, es sei zur Kenntniß des Aufsichtsrathes gekommen, daß ungünstige Artikel das Institut geschädigt und nachtheilige Gerüchte im Publikum in Circulation gekommen, die Spuren der Effectenbank seien bei der Ober-Procuratur denuncirt und die Untersuchung eingeleitet worden. Der angebliche Geschäftsbericht solle ein Gegengewicht gegen die Gerüchte gewesen sein, weil der Vorstand sich der Hoffnung hingab, es werde sich noch ein günstiger Abschluß ergeben, die Course hätten damals zu einer solchen Annahme berechtigt; allerdings habe der später erfolgte Courstschwung diese Hoffnung zu nichts gemacht. Von einem Saldo will Horn nicht gesprochen haben. Als von dem Effectenstand die Rede war, erklärte der Angellagte, es empfehle sich nicht, vor einer öffentlichen Versammlung das Effecten-Conto zu detaillieren. An Effecten habe die Bank besessen 450.000 Thlr. an Staatspapieren, Obligationen, Eisenbahn-, Versicherungs- und Industrie-Actionen. Herr Merzbach erklärte, den Effectivbestand nicht richtig zu befinden. Die früher schon aufgestellte Behauptung, man werde von größeren Engagements abstehen, bezeichnete Herr Welser als falsch, da man Crédite in Anspruch nahm und übergroße Engagements einging. Herr Dellevie dagegen bezeichnete die Ausführung des vorigen Sachverständigen als falsch. Horn sprach sich dagegen aus, als habe er sich durch verschiedene Pöltzen, namentlich über die Effecten, eine Ver schleierung zu Schulden kommen lassen.

Wien, 17. Juni. [Karl-Ludwigsbahn. — Rumänische Anleihe.] Die Unterhandlungen der Karl-Ludwigsbahn über eine Fusion mit der Albrechtsbahn nehmen der „Neuen Freien Presse“ auf folge einen raschen und günstigen Verlauf und sind ernstliche Schwierigkeiten bisher nicht ausgetaut. Auch Budapest wird dem gedachten Blatte gemeldet, die rumänische Regierung stehe mit dem Londoner Bankhause Debanc und Stein wegen Contraburung eines Anleihens von 42 Millionen Frs. in Unterhandlung. Die Anleihe solle mit 10 pCt. verzinslich und in 30 Jahren amortisierbar sein und durch das Österreichische Fabrikammonopol garantirt werden.

Wien, 17. Juni. [Österreichische Nordwestbahn.] Nach dem Rechnungsabschluß der österreichischen Nordwestbahn betragen die Einnahmen des von dem Staate garantirten Nehes im vergangenen Geschäftsjahr 6,133,595 fl. gegen 5,888,398 fl. im Vorjahr, die Ausgaben 3,923,824 fl. gegen 4,100,278 fl. im Vorjahr und der Nettoertrag 2,209,771 fl. gegen 1,788,119 fl. im Vorjahr. Die Staatsgarantie wird mit 1,931,117 fl. in Anspruch genommen. Die Einnahmen des Ergänzungsnehes betragen 2,640,743 fl. (pro Meile Eisenbahn 66,018 fl. gegen 64,537 fl. im Vorjahr) und der Reinertrag 1,296,053 fl. (pro Meile Eisenbahn 32,400 fl. gegen 29,466 fl. im Vorjahr). Nach der Betriebsrechnung hat der Verwaltungsrath von der Ermächtigung, die Zinsen für das Obligations-Capital des Ergänzungsnehes theilweise aus dem Bauconto zu bestreiten, Gebrauch gemacht. Der am 1. Juli er. fällige Coupon der Actien B. soll eingelöst werden.

# Berliner Börse vom 17. Juni 1876.

## Telegraphische Coursen und Börsennotizen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

Wechsel-Courses.			
Amsterdam 100fl.	4 T. 13	169,05 bz	
do. da. 2 M. 3	189,35 bz		
Gronon 1 Lstr.	3 M. 2	20,35 bz	
Paris 100 Frs.	6 T. 3	81 bz	
Petersburg 100R.	3 M. 6	262,70 bz	
Warschau 100R.	3 T. 2	255,89 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 4	184,19 bz	
do. do. 2 M. 4	167,29 bz		

## Fonds- und Geld-Courses.

Fonds- und Geld-Courses.			
Staats-Anl. 4% consol.	4% 104,70	bz	
do. 4% 49,50	bz		
Staats-Schuldscheine.	3% 94,50	bz	
Prin.-Anleihe v. 1853	3% 131,80	bz	
Berliner Stadt-Oblig.	4% 102,60	bz	
Berliner Pommersche.	4% 102,40	bz	
Pommersche neu.	4% 94,80	G	
Sachsenische.	3% 88	bz	
Kur. u. Neumärk.	4% 97,50	bzG	
Pommersche.	4% 97,80	bz	
Preussische.	4% 97,18	bz	
Westfäl. u. Rhein.	4% 98,20	bz	
Sächsische.	4% 98	bzG	
Schlesische.	4% 97,30	bz	
Sachsen-Pram.-Anl.	4% 118,50	bzG	
Rätherische 4% Anl.	4% 112,60	bz	
Görl.-Mind. Prämienob.	3% 118,20	bz	
Kurb. 40 Thaler-Losse.	247,10	bz	
Badische 33 Fl.-Losse.	134,30	bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe.	82,75	bzG	
Odenburgs. Losse 135 bzG			
Dreisten 9,62 G	[Fremd.] Bkm. 99,80	bz	
Gouver.	[Gm. Leip. 100,20	bzG	
Gepoleons 16,18	bzG	G	
Imperialis 16,66	bz	G	
Dollars 4,18 G			

## Hypothecken-Certifikate.

Hypothecken-Certifikate.			
Krupp'sche Partial-Obl.	5% 162	bz	
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. 1.	4% 99	bzG	
do. do.	5% 100,20	bzG	
Deutsche Hyp.-Pfd. 4%	95,75	bzG	
do. do. 5% 101	bzG		
Kundr. Cent.-Bod. 4%	100,50	bzG	
Uekins. (1872)	116,50	bz	
do. rückzsb. 116	107,60	bz	
do. do. 4% 98,60	bz		
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd. B.	5%	—	
do. III. Em. 5%	103,39	bzG	
Kundr. Hyp.-Schuld. 5%	100,10	G	
Hyp.-Anth.-Nord. G.C.B.	101	bzG	
do. Pfandbr.	101,50	bzG	
Pomm. Hyp.-Briefe.	103,25	G	
do. II. Em. 102	99	G	
Orth. Präm.-Pl. I. Em.	109	bz	
do. II. Em. 116	126,50	bz	
do. 5% Präm.-Pfd. 110	121,75	bz	
do. 4% do. m. 116	108	bz	
Möiningen Präm.-Pfd.	102,39	bz	
Ost. Silberpfd. 5%	34,50	bzG	
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr. G.	—		
Schles. Bodencr. Pfd.	1-0,25	bzB	
do. Bod. Ored. Crd. Pfd.	102,75	B	
do. do. 4% 4%	98	bz	
Wiener Silberpfd. 5%	—		

## Ausländische Fonds.

Ausländische Fonds.			
Ost. Silberrente.	4% 68,75	bz	
(1,4-1,7 u. 1,8-1,10) 58,75	bz		
do. Papierrente.	4% 58	bz	
(1,4-1,7 u. 1,8-1,10) 55,25	bz		
do. 5% Präm.-Anl.	97,50	bz	
do. Lott.-Anl. v. 80	101,80-111,50	bz	
do. Crediti-Losse.	101,50	bz	
do. 5% 100	25,10	bzG	
do. 5% 100	102,00	bz	
do. 5% 100	102,15	bz	
do. 5% 100	102,30	bz	
do. 5% 100	102,45	bz	
do. 5% 100	102,60	bz	
do. 5% 100	102,75	bz	
do. 5% 100	102,90	bz	
do. 5% 100	103,05	bz	
do. 5% 100	103,20	bz	
do. 5% 100	103,35	bz	
do. 5% 100	103,50	bz	
do. 5% 100	103,65	bz	
do. 5% 100	103,80	bz	
do. 5% 100	103,95	bz	
do. 5% 100	104,10	bz	
do. 5% 100	104,25	bz	
do. 5% 100	104,40	bz	
do. 5% 100	104,55	bz	
do. 5% 100	104,70	bz	
do. 5% 100	104,85	bz	
do. 5% 100	105,00	bz	
do. 5% 100	105,15	bz	
do. 5% 100	105,30	bz	
do. 5% 100	105,45	bz	
do. 5% 100	105,60	bz	
do. 5% 100	105,75	bz	
do. 5% 100	105,90	bz	
do. 5% 100	106,05	bz	
do. 5% 100	106,20	bz	
do. 5% 100	106,35	bz	
do. 5% 100	106,50	bz	
do. 5% 100	106,65	bz	
do. 5% 100	106,80	bz	
do. 5% 100	106,95	bz	
do. 5% 100	107,10	bz	
do. 5% 100	107,25	bz	
do. 5% 100	107,40	bz	
do. 5% 100	107,55	bz	
do. 5% 100	107,70	bz	
do. 5% 100	107,85	bz	
do. 5% 100	108,00	bz	
do. 5% 100	108,15	bz	
do. 5% 100	108,30	bz	
do. 5% 100	108,45	bz	
do. 5% 100	108,60	bz	
do. 5% 100	108,75	bz	
do. 5% 100	108,90	bz	
do. 5% 100	109,05	bz	
do. 5% 100	109,20	bz	
do. 5% 100	109,35	bz	
do. 5% 100	109,50	bz	
do. 5% 100	109,65	bz	
do. 5% 100	109,80	bz	
do. 5% 100	109,95	bz	
do. 5% 100	110,10	bz	
do. 5% 100	110,25	bz	
do. 5% 100	110,40	bz	
do. 5% 100	110,55	bz	
do. 5% 100	110,70	bz	
do. 5% 100	110,85	bz	
do. 5% 100	111,00	bz	
do. 5% 100	111,15	bz	
do. 5% 100	111,30	bz	
do. 5% 100	111,45	bz	
do. 5% 100	111,60	bz	
do. 5% 100	111,75	bz	
do. 5% 100	111,90	bz	
do. 5% 100	112,05	bz	
do. 5% 100	112,20	bz	
do. 5% 100	112,35	bz	
do. 5% 100	112,50	bz	
do. 5% 100	112,65	bz	
do. 5% 100	112,80	bz	
do. 5% 100	112,95	bz	
do. 5% 100	113,10	bz	
do. 5% 100	113,25	bz	
do. 5% 100	113,40	bz	
do. 5% 100	113,55	bz	
do. 5% 100	113,70	bz	
do. 5% 100	113,85	bz	
do. 5% 100	114,00	bz	
do. 5% 100	114,15	bz	
do. 5% 100	114,30	bz	
do. 5% 100	114,45	bz	
do. 5% 100	114,60	bz	
do. 5% 100	114,75	bz	
do. 5% 100	114,90	bz	
do. 5% 100	115,05	bz	
do. 5% 100	115,20	bz	
do. 5% 100	115,35	bz	
do. 5% 100	115,50	bz	
do. 5% 100	115,65	bz	
do. 5% 100	115,80	bz	
do. 5% 100	115,95		